

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Rassismus und Polizeigewalt benennen,
bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!
(vertagt von 51. BMV)**

Antragstext

Die 52. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen.

Der Tod von Lorenz im April 2025 durch Polizeigewalt zeigt in aller Härte, wie dringend der Kampf gegen Rassismus und institutionelle Gewalt unsere politische Arbeit prägen muss. Auch an Hochschulen erleben BIPOC täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür sollten wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC zuhören und ihre Perspektiven ernst nehmen, ihre Forderungen in unsere politische Arbeit integrieren, unsere Privilegien nutzen um Diskriminierung und Rassismus abzubauen und unsere eigenen Perspektiven nicht als universell setzen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die sich speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor Kurse zu den Themen “Critical Whiteness” und “Allyship” zum Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien oder vergleichbaren Modulen zu verankern. Darüber hinaus müssen diversitätssensible Hochschulstrukturen geschaffen werden, etwa durch Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für Diskriminierungsfälle und antirassistische Schulungen für Lehrende und Verwaltungspersonal.

23 Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von
24 CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen
25 politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen.
26 Aufklärung wird meistens durch Angehörigen und Aktivist*innen eingefordert, dass
27 Communities dies einfordern müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der
28 Politik und Behörden kommt, ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen
29 in Institutionen müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet
30 werden.

31 CampusGrün verpflichtet sich zudem selbst, die eigene Organisation
32 antirassistisch weiterzuentwickeln durch regelmäßige interne Workshops zu
33 "Critical Whiteness" und Rassismuskritik, aktive Vernetzung und Zusammenarbeit
34 mit antirassistischen Initiativen, die Berücksichtigung antirassistischer
35 Perspektiven bei der Arbeit in Gremien und Arbeitsgruppen sowie die Schaffung
36 von Räumen, in denen BIPOC ihre Anliegen einbringen können, ohne Bildungsarbeit
37 für weiße Mitglieder leisten zu müssen."

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.